



# HESSISCHER LANDTAG

03. 09. 2024

Plenum

## Antrag

### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) darf kein Bürokratiemonster werden – moderne Verwaltungsstrukturen statt weiterer Aufblähung der Landesregierung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Pläne zur Zerschlagung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) umgehend zu stoppen. Die geplante Aufspaltung der HZD zwischen dem Finanz- und dem Digitalministerium würde zu einem Bürokratiemonster mit Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe, völlig ineffizienten Doppelstrukturen und im Ergebnis zu einer schlechteren IT-Unterstützung für die gesamte Landesverwaltung und ihre Beschäftigten führen.
2. Die Pläne der Landesregierung laufen allen Bestrebungen zum Bürokratieabbau und zu schlanken Verwaltungsstrukturen diametral entgegen. Stattdessen wird durch die Aufspaltung der HZD auf zwei Ministerien neue Bürokratie, neuer Verwaltungsaufwand und neuer Koordinierungsbedarf geschaffen. Die Landesregierung würde noch weiter aufgebläht.
3. Für die Pläne der Landesregierung gibt es keinerlei fachlichen und sachlichen Grund. Im Gegenteil: Gerade im IT-Bereich gilt die Weisheit „Never touch a running system“. Durch eine Aufspaltung wäre die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der HZD und damit der IT der gesamten Landesverwaltung akut gefährdet. Die dringend notwendige weitere Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung droht ausgebremst zu werden, wenn sich die HZD statt mit guten IT-Lösungen mit einem völlig sinnlosen und rein politisch motivierten Aufspaltungsprozess beschäftigen müsste.
4. Der Landtag stellt fest, dass es massiven Widerstand der Beschäftigten der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) gegen eine mögliche Aufspaltung des Landesbetriebs gibt. Mehr als 600 Beschäftigte haben eine entsprechende Petition an den Landtag unterschrieben. Auch die Beschäftigten befürchten, dass ein Auseinanderreißen des IT-Dienstleisters des Landes verheerende Folgen für die technische Infrastruktur, Digitalisierung und Informationssicherheit der gesamten Landesverwaltung haben könnte. Damit stehe die Funktions- und Handlungsfähigkeit der HZD als kritische Infrastruktur auf der Kippe. Zudem sei die Schaffung von umfangreichen Doppelstrukturen erforderlich. Zusätzliche jährliche Kosten in der Größenordnung von 17 Millionen Euro und 150 zusätzliche dauerhafte Haushaltsstellen werden genannt.
5. Der Landtag nimmt die Sorgen der Beschäftigten der HZD sehr ernst. Insbesondere kann der Landtag die Befürchtungen der Beschäftigten im Hinblick auf eine teilweise Zuordnung zum Digitalministeriums gut nachvollziehen: Abgesehen von unzähligen Pressemitteilungen und zusätzlichem Bürokratiendschungel in der Form von lähmenden Abstimmungsschleifen bleibt der Mehrwert des Digitalministeriums bisher völlig unklar. Seit geraumer Zeit drängt sich die Frage auf, was das Digitalministerium mit seinem inzwischen auf 140 Stellen angewachsenen Verwaltungsapparat eigentlich konkret tut, um die Digitalisierung in Hessen voranzutreiben.

6. Der Landtag steht dem Vorschlag der Beschäftigten offen gegenüber, die HZD in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) umzuwandeln. Die Vorteile liegen dabei auf der Hand: Ohne das umfangreiche Doppelstrukturen geschaffen werden müssen, kann eine AöR mit schlankeren Entscheidungsprozessen Dienstleistungen für mehrere Ministerien erbringen. Gleichzeitig bleibt Fachkompetenz der Mitarbeitenden in einer Struktur gebündelt. So kann eine moderne, leistungsfähige und flexible Organisationsform mit wettbewerbsfähigen Gehaltsstrukturen geschaffen werden. Die besseren Vergütungs- und Personalentwicklungsmöglichkeiten können außerdem zu Einsparungen und Effizienzsteigerungen führen, wenn dadurch auf externe Beratungsunternehmen verzichtet werden kann.
7. Der Landtag stellt fest: Hessen braucht kein Kompetenzgerangel zwischen Finanz- und Digitalministerium. Hessen braucht keine weitere Aufblähung der Landesregierung. Hessen braucht eine moderne Verwaltung. Zeitgemäße Organisationsformen der Verwaltungsbehörden wie eine Anstalt des öffentlichen Rechts könnten es ermöglichen, leistungsfähiger auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Der Landtag fordert die Landesregierung daher nicht nur auf, ihre Pläne zur Zerschlagung der HZD umgehend zu stoppen, sondern auch zu prüfen, ob die HZD und andere Teile der Landesverwaltung wie Hessen Mobil und der LBIH beispielsweise in Anstalten des öffentlichen Rechts überführt und somit für alle Beteiligten besser und zeitgemäßer organisiert werden können.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. September 2024

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**